

**Bericht der Europaabgeordneten  
Hermann Winkler und  
Dr. Peter Jahr  
aus dem Europäischen Parlament  
an den Landesparteitag  
der Sächsischen Union  
am 09. November 2013 in Chemnitz**

## Hermann Winkler MdEP

### Ausschussmitgliedschaften

- Regionale Entwicklung (ordentl. Mitglied);
- Industrie, Forschung und Energie (stellv. Mitglied)

### Delegationsmitgliedschaften

- Parlamentarische Versammlung EURONEST - für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten (ordentl. Mitglied);
- Parlamentarische Versammlung Kooperation EU-Ukraine (ordentl. Mitglied);
- Belarus (stellv. Mitglied)

### Intergroupmitgliedschaften

- KMU Intergroup;
- Urban Intergroup

### Wahlkreisbüros

E-mail: [felix.doehler@europabuero-leipzig.de](mailto:felix.doehler@europabuero-leipzig.de)

[julia.guerke@europabuero-leipzig.de](mailto:julia.guerke@europabuero-leipzig.de)

- **Europabüro Leipzig**  
Wilhelm-Leuschner-Platz 12, D-04107 Leipzig, Telefon: 0341 – 993 90 96,  
Fax: 0341 – 962 80 64,
- **Europabüro Dresden**  
Rähnitzgasse 10, D-01097 Dresden, Telefon: 0351 – 829 66 22,  
Fax: 0351 – 829 66 25
- **Europabüro Zittau**  
Bautzner Str. 2, D-02763 Zittau, Telefon: 03583 – 79 01 40,  
Fax: 03583 – 79 01 41
- **Europabüro Bautzen**  
Hohengasse 16, D-02625 Bautzen, Telefon: 03591 – 410 95,  
Fax: 03591 – 410 98

## **A. Regionalförderung für Sachsen**

### **I. Strukturfonds 2014-2020**

Eines der wichtigsten EU-Themen für Sachsen ist aktuell die inhaltliche Ausgestaltung der europäischen Regionalförderung im Zeitraum 2014-2020. Am 5. Oktober 2011 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge für das Paket von insgesamt sechs Verordnungen und übersendete diese an die beiden Ko-Gesetzgeber, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten. Der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) erarbeitete daraufhin zwischen den Fraktionen ein Verhandlungsmandat für die Verhandlungen mit dem Ministerrat und der EU-Kommission, welche noch andauern. Die Sparschwänge seitens der Mitgliedstaaten sowie die Überlegungen zum Einsatz des ESF gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit gerade im Süden der EU komplizieren die Verhandlungen zusätzlich.

*Hermann Winkler* brachte sich intensiv mit für Sachsen entscheidenden Änderungsanträgen in den Gesetzgebungsprozess ein. Der Anspruch war dabei, den Regionen mehr Spielraum zu schaffen, die Förderkulisse entsprechend der eigenen Stärken und Schwächen individuell zu gestalten sowie insbesondere eine zufriedenstellende Übergangsförderung und gleiche Förderkonditionen für alle sächsischen Regionen mit akzeptablen Ko-Finanzierungssätzen zu schaffen. Weiteres Ziel war es, eine vertretbare ESF-Quote zu erreichen. Seitens des REGI ist dies gelungen. Beispielsweise sah der Beschluss des REGI vor, auch die sog. Phasing-Out-Regionen (u.a. Region Leipzig) in das Sicherheitsnetz aufzunehmen und damit eine Mittelausstattung von mindestens 2/3 der bisherigen Zuweisungen zu sichern. Allerdings deutet sich an, dass in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission nicht alle Erfolge gehalten werden können.

Was die EFRE-Förderung betrifft, so wird der Schwerpunkt der Investitionen künftig auf Forschung und Innovation, Co2-Reduktion, IKT und den KMU liegen. Der REGI konnte sich zudem bei den Verhandlungen insbesondere darin durchsetzen, dass in besser entwickelten Regionen weiterhin Infrastrukturförderung in vielen Bereichen möglich ist. Außerdem setzte sich *Hermann Winkler* für die Förderung von Tourismus, Sport und der Kreativindustrie ein, die von der Kommission zum Teil nicht für förderwürdig gehalten wurden.

### **II. Synergieeffekte mit dem Forschungsrahmenprogramm**

Aufgrund des Engagements insbesondere des Ausschusses für regionale Entwicklung wird es erstmals möglich, Gelder aus den Strukturfonds und dem neuen Forschungsrahmenprogramm HORZIONT 2020 kumulativ für Projekte zu verwenden. Der REGI hatte sich gegenüber der EU-Kommission und dem Rat dafür stark gemacht, die Synergiemöglichkeiten zwischen den Programmen gesetzlich in beiden Programmen festzuschreiben.

### **III. Bericht zur Strategie der intelligenten Spezialisierung**

Dies war auch Gegenstand des Initiativberichts von *Hermann Winkler* über die sogenannten "Strategien der intelligenten Spezialisierung". So sind die Regionen künftig verpflichtet, Innovationsstrategien vorzulegen, wenn sie weiterhin von

Strukturfondsgeldern im Bereich Forschung & Innovation profitieren möchten. *Hermann Winkler* beleuchtet in seinem Bericht die Chancen und Herausforderungen, die dies für die Regionen mit sich bringt und möchte den Regionen hier Hilfestellungen an die Hand geben.

## **B. Forschungs- und Innovationspolitik für den sächsischen Mittelstand**

Als Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) ist *Hermann Winkler* für weitere EU-Förderprogramme mit hoher Relevanz für Sachsen zuständig: Im Rahmen der Diskussion um die Zukunft des Forschungsrahmenprogramm **HORIZONT 2020** befragte *Hermann Winkler* die sächsischen Interessenvertreter und Unternehmer und brachte sich mit Änderungsanträgen u.a. für ein KMU freundliches Forschungsumfeld in Sachsen und der ganzen EU ein.

Die EVP-Fraktion mit *Hermann Winkler* hatte sich von Anfang stark dafür eingesetzt, gerade für KMU das Programm klarer und einfacher zu gestalten. Dies ist gelungen. Zusammengenommen werden KMU mindestens 20 % des Budgets nutzen können, zum einen unter der Überschrift "Führende Rolle der grundlegenden und industriellen Technologien" sowie zum anderen bei den "gesellschaftlichen Herausforderungen" wie dem Thema des gesunden Alterns oder der Energieversorgung. Nachdem es in früheren Forschungsrahmenprogrammen lediglich eine Quote für KMU-Beteiligung gab, konnten die EVP-Abgeordneten nun mit Erfolg das neue sogenannte "KMU-spezifische Instrument" einführen. Es spricht ausschließlich KMU an und ist dabei auf alle Arten von KMU mit Innovationspotential ausgerichtet. Auch die Teilnahme einzelner KMU wird möglich. Zudem sollen KMU leichteren Zugang zu Startkapital und Eigen- und Fremdkapital für Risikovorhaben bekommen. Des Weiteren soll der Zugang von KMU zu FuE-Netzwerken und Clustern gestärkt werden.

Damit innovative Ideen generell schneller und einfacher als bisher gefördert werden können, hat sich der ITRE für die Einführung eines neuen unkomplizierten Fördermechanismus eingesetzt. Künftig sollen auch internationale Konsortien die Möglichkeit haben, jederzeit ohne vorherige spezifische Ausschreibung Projektvorschläge einzureichen, über die dann innerhalb von 6 Monaten entschieden wird.

Einziger Wermutstropfen für die EVP-Fraktion ist das Budget, welches von den Staats- und Regierungschefs auf 70 Mio. Euro für den Zeitraum 2014-2020 angesetzt wurde und nicht, wie vom Europäischen Parlament vehement gefordert, deutlich höher auf 100 Mio. Euro. Angesichts der Bedeutung dieses Instruments für das Wachstum der Wirtschaft innerhalb der EU ist dies sehr bedauerlich. Die finale Zustimmung des Europäischen Parlaments zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 steht allerdings noch aus. Gleiches gilt für das **HORIZONT 2020** Legislativpaket, welches voraussichtlich im November 2013 angenommen werden wird.

Zudem beteiligte sich *Hermann Winkler* aktiv an den Arbeiten zur Ausgestaltung von **COSME**, dem neuen EU-Förderprogramm für den Mittelstand. Mit ca. 2 Mrd. Euro wird die EU die Wettbewerbsfähigkeit von KMU stärken, zum einen durch besseren Zugang zu Kapital und Krediten sowie zum anderen durch die Stärkung von Beratungsleistungen, wenn Unternehmen sich Märkte im EU-Ausland erschließen wollen oder für Jungunternehmer. *Hermann Winkler* legte seinen Fokus in den

parlamentarischen Beratungen u.a. auf eine verbesserte Beratung des Mittelstandes, bessere Bedingungen für die kritischen Themen wie Betriebsübergabe, adressatengerechte Finanzierungsinstrumente und einen stärkeren Bürokratieabbau.

Ein weiteres wichtiges Thema, das der Industrieausschuss in diesem Jahr behandelte, war das Vergaberecht inklusive des Richtlinienvorschlags zu Konzessionen. Auch hier konnte sich *Hermann Winkler* mit mittelstands- bzw. kommunenfreundlichen Änderungsanträgen in die Gesetzgebung einbringen. So gelang es dann beispielsweise auch, im Rahmen der Konzessionsrichtlinie das höchst sensible Gut Wasser aus dem Anwendungsbereich herauszunehmen.

### **C. Interparlamentarische Delegationen**

Die Delegationen des Europäischen Parlaments unterhalten Beziehungen zu den Parlamenten der Länder, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Sie nehmen eine wichtige Rolle ein, um an der Stärkung des europäischen Einflusses außerhalb Europas mitzuwirken. Als Mitglied in den Delegationen Ukraine, Belarus (Weißrussland) sowie in der multilateralen parlamentarischen Versammlung EURONEST, engagiert sich *Hermann Winkler* für eine Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und ihren osteuropäischen Nachbarn. Dabei soll den vier großen Themen der östlichen Partnerschaft Rechnung getragen werden: weitere wirtschaftliche Integration und Annäherung an die EU, Rechtsstaatlichkeit, Zusammenarbeit im Energiebereich sowie Förderung gesellschaftlicher und kultureller Kontakte. Im Vordergrund stand dabei in diesem Jahr die 3. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung EURONEST in Brüssel mit der Verabschiedung verschiedener Resolutionen, unter anderem zu den regionalen sicherheitspolitischen Herausforderungen in den osteuropäischen Partnerländern, die Resolution über die Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften der Länder der östlichen Partnerschaft mit der EU-Gesetzgebung im Bereich der Wirtschaft sowie eine Beschlussfassung über die Sicherheit der Energieversorgung.

### **D. Intergroups im Europäischen Parlament**

Wie Ausschüsse und Delegationen setzen sich die Intergroups im Europäischen Parlament aus Abgeordneten verschiedener Herkunft und politischer Couleur zusammen. Die Intergroups sind jedoch informellere Gruppierungen, deren gemeinsames Interesse jeweils einem bestimmten politischen Thema gilt. Sie bringen durch ihre Arbeit, wie Sitzungen, formelle und informelle Gespräche oder die Organisation von Seminaren bzw. Konferenzen, ein weit verzweigtes Netzwerk an Beziehungen hervor.

*Hermann Winkler* engagiert sich durch seine Mitgliedschaften für die Interessen des Mittelstandes und der Kommunen.

## **Dr. Peter Jahr MdEP**

### **Ausschussmitgliedschaften**

- Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ordentl. Mitglied);
- Petitionsausschuss (ordentl. Mitglied);
- Haushaltsausschuss (stellv. Mitglied)

### **Delegationsmitgliedschaften**

- Delegation für die Beziehungen zum Iran (ordentl. Mitglied);
- Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST (ordentl. Mitglied);
- Delegation für die Beziehungen zu Irak (stellv. Mitglied)

### **EVP-Fraktion**

Koordinator der EVP-Fraktion im Petitionsausschuss

### **Wahlkreisbüros**

#### Hauptbüro:

- **Europabüro Burgstädt:** Obergasse 7, 09217 Burgstädt, Tel: 03724-15735, E-mail: europabuero@peter-jahr.de

#### Außenstellen:

- **Europabüro Döbeln:** Zwingerstraße 2a, 04720 Döbeln, Tel: 03431-710209, E-mail: europabuero@peter-jahr.de
- **Europabüro Pirna:** Maxim-Gorki-Str. 1, 01796 Pirna, Tel: 03501446475, E-mail: europabuero@peter-jahr.de

## A. Agrarpolitik 2013 - Abschluss der Agrarreform

Zentrales Thema für *Dr. Peter Jahr* im vergangenen Jahr sowie der gesamten Legislaturperiode war die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Mit dieser Reform wird die Agrarpolitik in Europa für die nächsten sieben Jahre festgelegt. Dementsprechend haben die Ergebnisse, insbesondere für Sachsen mit seinen zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben, eine erhebliche Bedeutung.

Die Europäische Kommission hatte sich zum Ziel gesetzt, die Agrarpolitik sowohl ökologisch als auch ökonomisch nachhaltiger zu gestalten und zu vereinfachen. Dabei sollten insbesondere die Herausforderungen wie Nahrungsmittelsicherheit, Umweltschutz und Klimawandel noch mehr Berücksichtigung finden.

### I. Einschätzung der Vorschläge

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen begrüßt *Peter Jahr* die abschließende Einigung zur GAP, die den Landwirten in Europa die notwendige Planungssicherheit ermöglicht. Damit werden die neuen Regelungen nun 2015 - ein Jahr später als geplant - in Kraft treten können.

In der für Sachsen wichtigen Frage nach einer möglichen Kappung oder stufenweisen Kürzung von Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, kritisierte *Peter Jahr* die Pläne der Kommission als ungerechtfertigte Diskriminierung der sächsischen und ostdeutschen Agrarstruktur. Diese Position erwies sich im Europäischen Parlament und Europäischen Rat jedoch als nicht mehrheitsfähig. Den nun gefundenen Kompromiss wertet *Dr. Jahr* als akzeptabel, um weitere Kürzungen zu verhindern. Vorgesehen ist nun, dass die Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, mindestens fünf Prozent der Zahlungen einzubehalten, die über 150.000 Euro hinausgehen. Dies wird nicht notwendig, wenn sich der jeweilige Mitgliedsstaat entscheidet, kleinere Betriebe zusätzlich zu fördern.

Ein weiterer zentraler, von *Peter Jahr* jedoch scharf kritizierter, Punkt der Kommissionspläne ist, dass zukünftig 30 Prozent der Direktzahlungen an Landwirte für verpflichtende Umweltmaßnahmen reserviert werden müssen. So sollen Betriebe nur die volle Förderung erhalten, wenn sie bestimmte Auflagen zur Fruchtfolge befolgen, Dauergrünland erhalten und "ökologische Vorrangflächen" einrichten. Bedauerlich ist, dass es dem Parlament zwar gelungen ist möglichst viele regionale Besonderheiten bei diesen Regelungen zu berücksichtigen, ein überzeugendes Gegenmodell zum Kommissionsvorschlag jedoch nicht eingereicht wurde. Insbesondere die Möglichkeit, für jedes Mitgliedsland angepasste Umweltprogramme anzubieten und verstärkt zu fördern, anstatt ganz Europa drei Maßnahmen vorzuschreiben, fand keine Unterstützung bei den Abgeordneten.

*Peter Jahr* betont, dass die neuen Regelungen einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeuten und somit eine immense Belastung für Landwirte und Verwaltungen darstellen. Ganz grundsätzlich muss man zudem feststellen, dass der Anspruch aller Beteiligten, die Agrarpolitik nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu gestalten und gleichzeitig zu harmonisieren und zu vereinfachen, leider verfehlt wurde. Zahlreiche sich gegenüberstehende nationale Interessen haben dazu geführt, dass - zumindest für die nächsten Jahre - die Erhaltung bestehender Strukturen Vorrang vor

allen Bemühungen für eine konkurrenz- und wettbewerbsfähige europäische Agrarpolitik hat.

## II. Politischer Ausblick

Da die Reform der Europäischen Agrarpolitik erst verspätet in Kraft treten wird, geht es nun darum, Übergangsregelungen für das Jahr 2014 zu erlassen. Diese sind notwendig, um Förderlücken insbesondere bei den Programmen für den ländlichen Raum zu vermeiden. Dies beinhaltet nach Auffassung des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments, dass alle bisherigen Programme um ein Jahr verlängert werden. *Peter Jahr* konnte dabei sicherstellen, dass im Übergangsjahr auch die Förderung von Investitionsmaßnahmen verlängert werden. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission hat dies ausdrücklich nicht vorgesehen. Die Europäische Kommission, der Rat und das Parlament müssen sich nun zeitnah zu den Übergangsregelungen verständigen, um ein Inkrafttreten im Jahr 2014 zu gewährleisten.

### B. Petitionsausschuss - Tätigkeitsfeld

Als Koordinator der Europäischen Volkspartei (EVP) organisiert und vertritt *Dr. Peter Jahr* die Interessen seiner Fraktionskollegen im Petitionsausschuss. Der Ausschuss stellt das Bindeglied zwischen den Institutionen der Europäischen Union und deren Bürgerinnen und Bürgern dar. Das Recht Petitionen einzureichen, kann sowohl von jedem Bürger der EU als auch von jeder Person mit Wohnsitz in einem der Mitgliedstaaten angewendet werden. Es ist ein Grundrecht, das untrennbar mit der Bürgerschaft der Europäischen Union verbunden ist.

Zentrale Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers durch einen Mitgliedstaat, einer lokalen Gebietskörperschaft oder einer sonstigen Institution hinzuweisen und diese Verletzung zu untersuchen.

Der Petitionsausschuss des Europäischen Parlamentes beschäftigt sich auch mit zwei sächsischen Petitionen, die bereits seit mehreren Jahren von *Dr. Peter Jahr* verfolgt und unterstützt werden.

#### I. "Katzendreckgestank" im Erzgebirge

Die Bürgerinitiative "Für saubere Luft im Erzgebirge" reichte bereits 2010 eine Petition ein, die sich gegen den sogenannten "Katzendreckgestank" wendet. Vor allem bei Inversionswetterlagen ziehen unangenehme Gerüche aus südlicher Richtung ins Erzgebirge. Fachleute vermuten, dass die Geruchsbelästigungen durch Emissionen aus zahlreichen Großbetrieben und Kraftwerken an der Grenze zu Sachsen verursacht werden. Nach wiederholten Nachfragen durch *Peter Jahr* und Diskussionen im Petitionsausschuss kündigte die Europäische Kommission an, die Situation vor Ort engmaschig zu überwachen. Auch den Petitionsausschuss des Europäischen Parlamentes wird diese Petition weiter beschäftigen.

#### II. Windparkanlage bei Moldova

*Dr. Peter Jahr* beschäftigt sich bereits seit mehreren Jahren mit der Petition der Bürgerinitiative "Gegenwind" aus dem Erzgebirge. Auf dem Erzgebirgskamm, direkt an



der deutsch-tschechischen Grenze, plant ein tschechischer Investor einen Windenergiepark, der innerhalb eines Europäischen Naturschutzgebietes liegt und somit schädliche Auswirkungen für die dort lebenden und geschützten Tierarten haben kann. Auch die Attraktivität des Gebietes wird erheblich beeinträchtigt.

*Peter Jahr* setzte sich nicht nur von Anfang an für die umfassende Behandlung im Petitionsausschuss ein, sondern steht auch in direktem Kontakt mit der Europäischen Kommission sowie Vertretern vor Ort in Sachsen und Tschechien.

Nachdem Ende August 2013 die Ausnahmegenehmigung für den Bau von 12 Windkraftanlagen erteilt wurde, eröffnete die EU-Kommission auf Drängen aller beteiligten Akteure im September ein sogenanntes EU-Pilotverfahren. Mit Hilfe des Verfahrens sammelt die Kommission genaue Informationen von den zuständigen tschechischen Behörden zum Projekt. Sollten die Antworten nicht zufriedenstellend sein, könnte ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden. *Peter Jahr* machte deutlich, dass er sich von den tschechischen Behörden eine Aussetzung des Bauprojekts erhofft, bis das EU-Pilotverfahren abgeschlossen ist.